



Dr. Philip Plicker, Jahrgang 1979, ist Ökonom, Wirtschaftshistoriker und Journalist. Er hat in München, London und Tübingen studiert und arbeitet seit 2007 als Wirtschaftsredakteur für die

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Heute ist er verantwortlicher Redakteur für die Seite „Der Volkswirt“ der FAZ. Für MUT schreibt Plicker seit 2004.

Er badet im Erfolg und schwebt momentan auf Wolke sieben: **Bernd Lucke**, Bundesvorsitzender der „Alternative für Deutschland (AfD)“. „Die etablierten Parteien werden ihre Haltung gegenüber der AfD überdenken müssen“, schreibt Helmut Markwort im „Fokus“ (39/2014, S. 154). „Hochmut und Verleumdung sind keine Strategie im Umgang mit einer neuen Partei, die nach ihrem Einzug ins Europaparlament jetzt auch den Sprung in die Landtage von Sachsen, Brandenburg und Thüringen geschafft hat.“ Dennoch: Der Wind wird zukünftig für die AfD erheblich rauher werden.

PHILIP PLICKER:

Konkurrenz von rechts

Die Union hat die konservative Flanke vernachlässigt und nun mit der AfD ein strukturelles Problem

Es ist ein politisches Erdbeben mit mehreren Schüben, was wir in Deutschland seit anderthalb Jahren erleben. Die politische Landschaft bebt und verschiebt sich. Einerseits scheint die FDP Schritt für Schritt unterzugehen, andererseits taucht mit der AfD eine neue Kraft auf, die allen etablierten Parteien mächtig Kopfzerbrechen be-

reitet. Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg stimmten rund 10 bis 12 Prozent der Wähler für die „Alternative“, im Mai votierten bei der EU-Wahl 7,1 Prozent für die eurokritische AfD. Um ein Haar wäre die Truppe um den Hamburger Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke schon im September 2013 – nur gut ein halbes Jahr nach ihrer Gründung – in den Bundestag gelangt.

Ein „verhängnisvoller Irrtum“ und seine Folgen

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist eine neue politische Gruppierung so schnell aufgestiegen. Das eruptionartige Auftauchen der AfD deutet darauf hin, daß es unter der Oberfläche schon länger brodelt. Die Union hat den historischen Fehler gemacht, die Unzufriedenheit des konservativen Segments zu ignorieren. Ein Großteil der AfD-Gründer, auch Lucke, sind frustrierte frühere Unionsmitglieder, für die der Euro-Rettungskurs nur der Tropfen war, der das Faß zum Überlaufen brachte. Nun passiert, was Franz Josef Strauß immer zu verhindern versuchte: Es macht sich eine demokratisch legitimierte Partei rechts neben der Union breit. Der Politikwissenschaftler Jürgen Falter sagt über den Aufstieg der AfD: „Es könnte der erste gelungene Versuch sein, rechts von CDU und CSU eine Partei zu etablieren, die demokratisch ist.“

Das Feld bereitet für die neue rechtskonservative Konkurrenz hat der sogenannte „Modernisierungskurs“ der Union unter Merkel. Aus Sicht des Adenauer-Hauses war es klug, sich ganz auf die nach links verschobene Mitte zu konzentrieren. Aber wer samt und sonders frühere konservative Positionen aufgibt und schrittweise nach links rückt, braucht sich nicht zu wundern, wenn irgendwann ein Konkurrent auftaucht, der in die entstandene Marktlücke stößt. Ziern-



lich arrogant hat die Unionsspitze lange Zeit die Proteste der Rest-Konservativen in ihren Reihen abgetan. „Die Union ist nach dem Motto verfahren: Um die Bürgerlich-Konservativen müssen wir uns nicht weiter kümmern, die wählen uns mangels Alternative sowieso“, kritisiert der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach. Dies sei ein „verhängnisvoller Irrtum“ gewesen.

Nun hat die Union ihre einstige Monopolstellung rechts der Mitte verloren. Eine Diffamierung der AfD als „rechtsradikal“ peilt an der Partei ab, weil ihre Gründer und Galfonsfiguren, allen voran Bernd Lucke, der Tübinger Ökonom Joachim Starbatty, der ehemalige CDU-Staatssekretär Alexander Gauland und der frühere BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel aus dem seriösen akademischen Milieu und Wirtschaftsbürgertum stammen. Allerdings muß die noch junge

Partei strikt aufpassen, daß sie nicht durch extreme Äußerungen einzelner wirkkopfiger Mitglieder und funktionäre diskreditiert wird. Einen seriösen, bürgerlich-rechten Kurs zu halten, der konstruktive Politikangebote macht, wird schwierig sein, weil ein Gutteil ihrer Wähler von diffusen Protestmotiven getrieben wird.

Noch ist die AfD eine ungefestigte Partei. Gut möglich, daß sich manche ihrer unerfahrenen Parlamentarier in den Landtagen blamieren, weil sie noch wenig Ahnung vom realen Politikbetrieb haben. Ebenfalls gut möglich, daß es noch einige Personaleskapaden geben wird. Allerdings hat das zeitweilige Chaos in einigen Landesverbänden in der Anfangsphase die Wähler nicht groß gestört. Auch die Grünen hatten in ihren Gründungsjahren unberechenbare Flüggekämpfe. Der Frust am konservativen